

Korrekturen notwendig

Regierung legt erstmals umfassende Sozialstaatstudie vor

VADUZ – «Panik ist nicht angesagt, allerdings sind Korrekturen notwendig, um den gut ausgebauten Sozialstaat Liechtenstein erhalten zu können», das sagten gestern Regierungschef Otmar Hasler und Sozialminister Hugo Quaderer bei der Präsentation der umfangreichen Analyse des Sozialstaates Liechtenstein.

• Martin Frommelt

Ebenso wie zahlreiche andere Staaten sieht sich auch Liechtenstein einem zunehmenden Reformbedarf gegenüber, um die Staatsfinanzen im Lot halten und das gut ausgebaute Sozialsystem aufrechterhalten zu können. Um herauszufinden, was unternommen werden muss, damit unser Sozialstaat auch in Zukunft funktioniert, hat die Regierung letztes Jahr der Soziologin Isabel Frommelt aus Schaan den Auftrag erteilt, den Sozialstaat Liechtenstein, basierend auf den Entwicklungen der Sozialausgaben des Landes 1995 bis 2004, einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Regierungschef Otmar Hasler freute sich gestern, diese überaus aufschlussreiche Analyse vorstellen zu können. Auch Sozialminister Hugo Quaderer lobte die Analyse als «tolles Werk», das erstmals eine Gesamtschau aller staatlichen Leistungen biete.

Extreme Steigerungen

Liechtenstein hatte im Bereich der staatlichen Sozialleistungen seit Anfang der Neunzigerjahre eine extreme Kostensteigerung zu verzeichnen: Die Staatsausgaben für die soziale Sicherheit haben sich innert zehn Jahren mehr als verdoppelt, nämlich von 79 Mio. im Jahre 1995



«Tolles Werk»: Regierungschef Otmar Hasler, Autorin Isabel Frommelt und Sozialminister Hugo Quaderer gestern bei der Präsentation der Studie «Analyse Sozialstaat Liechtenstein».

auf 189 Mio. Franken im Jahre 2004. Dies entspricht einer Kostensteigerung von 110 Mio. Franken oder 141 Prozent. Die Ende der Neunzigerjahre eingeführten Sozialleistungen haben dazu geführt, dass der Staatshaushalt heute trotz starker Sparmassnahmen immer mehr aus dem Ruder zu laufen droht.

Kein Sozialabbau

Wie Regierungschef Otmar Hasler sagte, müsse deshalb auch Liechtenstein die Leistungen des Staates auf ihre Notwendigkeit überprüfen: «Dazu braucht es eine gesellschaftspolitische Diskussion, denn dies kann die Regierung oder der Landtag nicht im Alleingang machen.» Ausdrücklich betonte der

Regierungschef einmal mehr, dass es bei den anstehenden Reformen nicht um Sozialabbau gehe. Vielmehr gehe es darum, das Sozialsystem so zu justieren, dass es längerfristig finanzierbar bleibt und somit effektiv den sozial Schwächeren zugute kommt.

Soziale Netz als Trampolin

Wie Autorin Isabel Frommelt sagte, hat die Studie gezeigt, «dass die soziale Sicherheit und die Gesundheitsvorsorge in Liechtenstein gewährleistet ist und im Vergleich mit der Situation in anderen Ländern ungleich besser gestellt ist. Das soziale Netz sollte jedoch nicht als eines betrachtet werden, in das man einfach fällt

und hängen bleibt. Es sollte vielmehr wie ein Trampolin wirken, das eine eigenständige Lebensführung fördert».

Sozialpolitische Eingriffe nötig

Gleichzeitig hat die Studie nach Angaben von Isabel Frommelt aber auch ergeben, «dass sozialpolitische Eingriffe nötig sein werden, da zahlreiche in der Studie genannten Probleme einer Lösung bedürfen. Die Untersuchungsergebnisse haben letztlich auch veranschaulicht, dass die Sozialausgaben des Landes unter anderem deshalb angestiegen sind, weil der Sozialstaat einen beträchtlichen Teil des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft auffangen muss».